

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 30.09.2011

Open Data für Niedersachsen - Mehr Transparenz für mehr Demokratie

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

In der letzten Zeit wird auch in Deutschland vermehrt gefordert, dass Daten, die von Regierungen und anderen öffentlichen Stellen erzeugt werden, der Öffentlichkeit in elektronisch verarbeitbarer Form zur Verfügung gestellt werden. Mit Slogans wie „Staatliche Daten gehören uns“ fordert die Open-Data-Bewegung den Zugang zu den Daten, die aus Regierungs- und Verwaltungshandeln entstehen, soweit datenschutzrechtliche Gründe dem nicht entgegenstehen.

- a) Der Landtag bekennt sich für staatlich erzeugte Daten zum Grundsatz „Open Data“, wie er in den acht Prinzipien des „Sebastopol-RFC“ beschrieben ist:
1. Complete (vollständig),
 2. Primary (Primärdaten),
 3. Timely (zeitnah),
 4. Accessible (zugreifbar, ohne vorher Anfragen stellen zu müssen),
 5. Machine processable (maschinenverarbeitbar),
 6. Non-discriminatory (diskriminierungsfrei, ohne Registrierungszwang),
 7. Non-proprietary (offene Dateiformate),
 8. License-free (urheberrechtsfrei).
- b) Der Landtag erklärt es zum Ziel, die im Rahmen staatlichen Handelns der Landesebene erzeugten, nicht datenschutzrechtlich zu schützenden Daten dem Open-Data-Prinzip entsprechend öffentlich zugänglich zu machen.
- c) Der Landtag fordert die Landesregierung auf, beginnend mit dem Haushalt 2012/2013 die niedersächsischen Landeshaushalte der Öffentlichkeit unverzüglich nach der jeweiligen Beschlussfassung zur Verfügung zu stellen, und zwar so, dass die Daten in einem freien und maschinenlesbaren Format und ohne spezielle vorherige Anfrage oder Registrierung im Internet zugreifbar sind. Der Landeshaushalt 2012/2013 wird bis zum 31.03.2012 in dieser Form veröffentlicht.
- d) Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bis zum 31.12.2012 auch die weiteren nicht datenschutzrelevanten, aus Regierungs- und Verwaltungshandeln auf Landesebene entstehenden Daten der Öffentlichkeit gemäß den Open Data-Prinzipien zugänglich zu machen und bis zum 31.03.2012 einen Stufenplan vorzulegen, aus dem hervorgeht, welche Daten wann und wie veröffentlicht werden.

Begründung

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln. Im Zeitalter der digitalen, vernetzten Welt ist die Veröffentlichung der staatlicherseits erzeugten Daten in maschinenverarbeitbarer Form mit recht wenig Aufwand möglich und sollte daher auch erfolgen. Das Projekt www.offenerhaushalt.de zeigt eindrucksvoll, wie engagierte Nutzerinnen und Nutzer (hier die Open Knowledge Foundation Deutschland e. V.) aus den Haushaltsdaten des Bundes aufschlussreiche, aussagekräftige und leicht verständliche Darstellungen im Internet bereitstellen können. Bürgerinnen und Bürger könne sich ein Bild davon machen, wofür ihre Steuergelder von der Regierung verwendet werden.

Die Beschlüsse des Parlaments zum Landeshaushalt wirken sich entscheidend auf die Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen aus. Deshalb ist die Veröffentlichung der Haushaltsdaten der geeignete Einstieg in die Umsetzung von Open Data in Niedersachsen. Die Bereitstellung der weiteren Daten des Landes Niedersachsen bis zum Jahresende 2012 ist dann die konsequente Fortführung der Transparenzverbesserung.

Die Bereitstellung der staatlichen Daten schafft außerdem eine Grundlage für nachfolgende Schritte zu mehr Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung, z. B. in Form eines Bürgerhaushalts, wie ihn bereits Kommunen in Niedersachsen praktizieren beziehungsweise erproben.

Ursula Weisser-Roelle
Parlamentarische Geschäftsführerin